

5033/J XX.GP

## ANFRAGE

der Abgeordneten Haigermoser  
und Kollegen  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend untaugliches österreichisches Kartell recht

Die freiheitliche Partei versucht seit langem, das zahnlose österreichische Kartellrecht zu einem modernen und tauglichen Instrument zu gestalten. Die SPÖVP - Koalition hat jedoch jede Verbesserung in diesem Bereich verhindert. Wie zahnlos das bestehende Kartellrecht ist, zeigte sich einmal wieder beim Kauf der österreichischen Traditionsfirma Meinel durch die deutsche Firma REWE. Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Farnleitner wurde von der eigenen Vergangenheit eingeholt und mußte dem Verkauf tatenlos zusehen. Der Brief an Brüssel um "Hilfe" stellte sich als reine Alibiaktion heraus.

Faktum ist, daß die ausufernde Marktkonzentration im Lebensmittelhandel zerstörend auf die gesamte Wirtschaftsstruktur in Österreich wirkt, beginnend bei der Lebensmittelindustrie, endend bei der Nahversorgung.

In Zusammenhang mit diesem Tohuwabohu, welches von der SPÖVP - Koalition geprägt ist, ist das Interview des Vorstandsvorsitzenden der REWE, Dkfm. Hans Reisch in der Fachzeitschrift Regal 9198 zu sehen.

REGAL: Zum Meinel - Kauf in Österreich. Fanden Sie die Vorgangsweise von Wirtschaftsminister Farnleitner puncto Kartellverfahren richtig.

REISCHL: Ein deutliches Nein. Der österreichische Wirtschaftsminister Farnleitner hat - ohne daß er kartellrechtlich zuständig ist, und ohne daß er die tatsächlichen Marktverhältnisse kennt - sofort für den Mitbewerber um Meinel, die österreichische Spar, Partei bezogen. Das ist eine krasse Ungleichbehandlung, die es in unserem offenen EU - Wirtschaftsraum heute nicht mehr geben darf. Als die Spar vor zwei Jahren in West - Österreich die Familia - Märkte übernahm und es dort zu einer hohen Konzentration kam, hat Herr Farnleitner keinen Finger gerührt. Zu einem Kartellverfahren ist es erst gar nicht gekommen. Wäre diese Übernahme durch die Spar verboten worden, hätten wir uns nicht um Meinel beworben.

Wir möchten nicht mehr, als gleich behandelt werden. Wir haben hohe Investitionen in Österreich getätigt. Der Gewinn wird wieder in diesem Land investiert. Mit BML sind wir einer der größten Arbeitgeber des Landes und beschäftigen darüber hinaus viele Menschen in Industrie und Handwerksbetrieben. Es kann nicht sein, daß wir als unwillkommene Ausländer hingestellt werden.

Diese Passage aus dem Reischl - Interview zeigt einmal mehr auf, wie dilettantistisch Österreichs Wirtschafts - und Strukturpolitik arbeitet.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die nachstehende

#### ANFRAGE

1. Sind auch Sie der Meinung, daß das österreichische Kartellrecht zahnlos ist und ein modernes und fortschrittliches Kartellrecht seit Jahren von der SPÖVP - Koalition verhindert wird?
2. Haben Sie die Absicht, sich in Ihrer wirtschaftspolitischen Gesamtverantwortung im Rahmen der Bundesregierung für ein modernes Kartellrecht in Österreich, koordiniert mit dem europäischen Kartellrecht, einzusetzen?
3. Steht die im oben angeführten Interview von Dkfm. Reischl behauptete Ungleichbehandlung der SPAR - Familia Aufkäufe mit den REWE - Meinel Aufkäufen im Zusammenhang mit der ÖVP - Wirtschaftsbundmitgliedschaft des SPAR - Vorstandes Dr. Fritz Poppmeier?
4. Hätten Sie nicht auch damals, als die Firma SPAR Familia Filialen in Westösterreich aufgekauft hat, kartellrechtliche Schritte unternehmen müssen?
5. Wird die EKZ - Verordnung im Falle der Novellierung so gestaltet, daß die schädliche Handelsflächenexplosion auf der grünen Wiese weiter eingedämmt werden kann?